Nr. 145
B 72
Abend-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 26. März 1927
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3655, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3685—3688. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Vier Todesurteile im Feme-Prozeß

Im Mordprozeß Wilms sind vier Todesurteile gefällt worden. Entsprechend den Anträgen der Staatsanwaltschaft sind die vier Angeklagten Fuhrmann, Umhofer, Klapproth und Schulz zum Tode verurteilt worden. Von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ist abgesehen worden. Das Gericht wird sich in einem Gnadengesuch an das Staatsministerium wenden. Die drei anderen Angeklagten wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Zwingend in der Abwägung der Gründe, erschütternd in der Eindringlichkeit der Logik, ist das Urteil, das Landgerichtsdirektor Siegert heute verkündete. Den neun Männern, die da über Tod und Leben zu entscheiden hatten, ist der Entschluß nicht leicht gefallen. Mehr als sechs Stunden hat die Beratung gedauert, und nicht nur den Laienrichtern, auch den gelehrten Richtern sah man deutlich die innere Erregung, die Anspannung an, welche die Arbeit im Beratungszimmer erfordert hatte.

Nicht nur die drei Werkzeuge der Tat sind zum Tode verurteilt worden, auch über Paul Schulz ist die schwerste Strafe verhängt worden. In den Landsberger Prozessen war, das wurde seinerzeit hier in der „Vossischen Zeitung" festgestellt, die Verurteilung nicht möglich. Der Wille zur Tat war erwiesen, Schulz hegte Mordgedanken, aber, das rief in Landsberg sein Verteidiger aus, Mordgedanken sind zollfrei. Es fehlte der Nachweis der Anstiftung. Er fehlte, weil die Zeugen ihre Bekundungen aus der Voruntersuchung widerriefen, und das Gericht konnte sich nicht entschließen, entgegen der eidlichen Bekundung zu urteilen.

Diesmal ist die Aussage gegen Schulz aufrechterhalten worden. Sie stammte von seinem Mitangeklagten v. Poser. Nicht die Spur eines Verdachtes besteht dafür, daß Poser damit sich selbst habe entlasten wollen. Für die Beurteilung seines Anteils an der Tat wäre es gleichgültig gewesen, wer ihm den Befehl zur Einteilung des Wilms zwecks angeblicher „Waffenerfassung" übermittelt hätte. Posers Aussage war glaubhaft, sie war zwingend. Zwingend, weil damit zusammenzuhalten war das Ergebnis all der anderen Prozesse, in denen Schulz „Mordgedanken" hatte. Mit Recht hat das Gericht alle diese Fälle herangezogen und so den Prozeß zum Schlußfelprozeß der Schwarzen Reichswehr gemacht.

Dies Gericht hat es sich versagt, billige und faule Lorbeeren zu häufen auf Häupter, die solcher nicht würdig sind. Dies Gericht hat die Tat als entsetzlich und abscheuerregend gekennzeichnet. Aber es hat in gerechter Abwägung aller Umstände nicht verkannt, daß die Tat und die Täter verstanden und erklärt werden müssen aus der Zeit und aus dem Milieu. Auch die abscheuliche Tat ist aus einer Gesinnung heraus begangen worden, aus einer irregeführten, aus einer verderblichen, aber aus gutem Glauben.

Bei dieser Gelegenheit ging der Vorsitzende ein auf die Verantwortung, welche die Reichswehr dabei auf sich gelahen hat. Sie hat es an Kontrolle fehlen lassen, und das dient zur Entschuldigung der Täter. Entschuldigung auf der einen Seite erfordert Beschuldigung auf der anderen.

Was geht in Albanien vor?

Sofortige Untersuchung der Ursache notwendig

Seit einigen Tagen häufen sich die Meldungen, die von einer Revolution in Albanien sprechen. Die italienische Note hat die Mächte darauf aufmerksam gemacht, daß sie jede Revolution in Albanien der südslawischen Regierung in die Schuhe schieben würde. Südslawien hat daraufhin eine Untersuchung angeboten. Seitdem ist, außer der Einigung unter den Mächten, diese Militärkommission zu bilden, nichts geschehen. **Angesichts der bedrohlichen Lage in Albanien selbst ist es aber unbedingt notwendig, daß sich diese Kommission umgehend an die südslawische Grenze begibt, bevor es tatsächlich zu einem Umsturz in Albanien kommt.**

Die Voraussetzungen für einen Umsturz sind durchaus geschaffen. Achmed Zogus Stellung im Lande selbst erscheint nach den Meldungen der letzten Tage erschüttert. Der Diktator hat, nicht gegen Südslawien, sondern gegen seine innenpolitischen Gegner, eine Teilmobilisierung angeordnet, der sich die meisten Stellungspflichtigen durch eine Flucht in die Berge entzogen haben. Dazu hat sich die Opposition bereits im albanischen Parlament, das bisher ein gefügiges Werkzeug Zogus war, geltend gemacht. **In einer der letzten Sitzungen des Parlaments wurde die Regierung über die von albanischen Großgrundbesitzern an eine starke italienische Gruppe für die Dauer von 99 Jahren erfolgte Verpachtung ausgedehnter Ländereien interpelliert und darauf hingewiesen, daß dieser fiktive Pachtvertrag in Wirklichkeit einen ungesetzlichen und unzulässigen Verkauf von Landgütern an Fremde verhülle. Dieser Anlaß wurde auch zu heftigen Ausfällen gegen den mit Italien geschlossenen Freundschaftspakt benutzt.**

Eine Revolution in Albanien, die den jetzigen Diktator Achmed Zogu stürzt, würde jedoch sofort zu einer italienischen Intervention führen. Und was dann geschieht, wenn Italien offen Truppen nach Albanien entsendet und den Aufstand niederwirft, kann man sich ausmalen. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß die Untersuchung der Mächte sofort vorgenommen und nicht in dieser diplomatischen Weise behandelt wird, wie bisher. Es gilt sofort festzustellen, wie die Situation an der südslawisch-albanischen Grenze ist, damit nicht ein Aufstand in Albanien mit allen seinen Konsequenzen von vornherein Südslawien zugeschoben wird.

Man hat den Weg einer militärischen Untersuchungskommission gewählt und man kann sich auch mit dieser Form der Untersuchung abfinden. Wenn aber diese Kommission derartige Schwierigkeiten macht, dann ist wirklich nicht einzusehen, warum man nicht den von Belgrad dringend geforderten Weg über den Völkerbund genommen hat. Die Gründe dazu mögen solange unerwähnt bleiben, solange auch der andere Weg Erfolg hat. Sollte er aber scheitern, dann ist es Zeit, die Ursachen aufzudecken, die die Mächte zu einer Umgehung des Völkerbundes veranlaßt haben. Und diese Gründe sind für keinen der beteiligten Staaten sehr schmeichelhaft.

Revolutions-Gerüchte

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Ist **Paris**, 26. März

Die Mittagsblätter veröffentlichen neue alarmierende Meldungen über eine Verschärfung der Situation in Albanien. Ein Telegramm aus Athen will wissen, daß in Albanien gestern eine Revolution ausgebrochen sei. Ein Telegramm aus Kavfa meldet, daß Italien begonnen habe, in Valona und auf der Hart an der albanischen Küste liegenden Insel Sasena Truppen zu landen. Aus Belgrad endlich wird gemeldet, daß die südslawische Regierung in einer Zirkularnote die europäischen Kabinette auf die neuen albanischen Unterlebe an der albanisch-serbischen Grenze und die daraus resultierende Verschärfung der Situation aufmerksam gemacht habe.

Da für keine dieser Meldungen bisher eine authentische Bestätigung vorliegt, möchten wir diese nicht ohne ausdrücklichen Vorbehalt wiedergeben. Jedenfalls aber sieht man hier im Gegensatz zu dem Optimismus der letzten Tage die Situation als kritisch an, und diese Auffassung wird bestärkt durch die Meldungen, wonach die Führer der südslawischen Oppositionsparteien in sehr energischer Weise gegen die von den Mächten vorgeschlagene einseitige Militärenquete als eine Beeinträchtigung der südslawischen Souveränität protestiert haben.

Angesichts der Verschleppung, mit der die Albanienkrise auch hier von Paris aus betrieben wird, wachsen die Angriffe der Linkspresse gegen Briand.. Der **„Populaire"**, das offizielle Organ **der sozialistischen Partei greift Briand aufs schärfste an, weil er kürzlich in der Kammer behauptet hat, niemand habe Lust, den Völkerbund anzurufen.** Tatsächlich habe Jugoslawien immer wieder eine Völkerbundsaktion verlangt und auch Stresemann sei von Anfang an bereit gewesen, den Rat einzuberufen.

Die Rechtspresse dagegen verrät heute etwas von den Intentionen des Quai d'Orsay. **Der „Petit Parisien" schreibt, daß man auf irgendeine Weise früher oder später doch die Frage des Tirana-Vertrages und die der italienischen Vorherrschaft in Albanien lösen müsse.**

Deutlicher schreibt Pertinax im „Echo de Paris", daß es Frankreich nur angenehm sei, wenn Italien sich auf dem Balkan und dem östlichen Mittelmeer ausbreite, denn um so geringer würde dann der Druck auf Französisch-Nordafrika. Das habe Frankreich bisher stets durch die Tat bewiesen. Die Beunruhigung Frankreichs käme also nicht aus einem Gefühl des Neides oder der Mißgunst gegenüber den italienischen Erfolgen, sondern wegen des Zick-Zack-Kurses in der italienischen Außenpolitik.

Die Ufa-Transaktion perfekt

Die Verhandlungen, die zwischen der Deutschen Bank und einem Konsortium dem die Hugenberg-Gruppe, Otto Wolff und einer ganzen Reihe von Einzelpersönlichkeiten, als Nahstofflieferanten in der Angelegenheit der Ufa-Sanierung geführt werden, haben heute nacht zum Abschluß geführt. Ueber das Ergebnis wird das folgende Communiqué verbreitet.

„Für die Reorganisation der Ufa hat sich ein Konsortium gebildet, das die Durchführung der geplanten Kapitalserhöhung garantiert. Das Konsortium besteht aus Persönlichkeiten und Firmen, die der Industrie, dem Verlagswesen und der Bankwelt angehören und läßt sich von dem Gesichtspunkt leiten, daß die Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen deutschen Filmindustrie, deren stärkster Exponent die Ufa ist, ein erhebliches Interesse der deutschen Wirtschaft darstellt. Die von anderer Seite verbreiteten Nachrichten über eine Zerschlagung der Organisation des Unternehmens sind unzutreffend."

Das vorstehende Communiqué, das so nichtssagend wie nur irgend möglich ist, kann naturgemäß nur als der Vorläufer einer offiziellen Verwaltungserklärung angesehen werden. So wird uns auch von beteiligter Seite erklärt, daß der eigentliche Schlußstrich unter die Verhandlungen erst für Montag zu erwarten sei. Die **Deutsche Bank** dürfte auch weiterhin die finanzielle Führung bei der Ufa behalten und zum mindesten zunächst auch noch die Stelle des Vorsitzenden im Aufsichtsrat weiter besetzen.

Wie wir weiter hören, haben gestern auch die Verhandlungen wegen Abtretung des wertvollsten Aktiums der Ufa, des **„Vaterland"-Hauses am Potsdamer Platz** zum Ziele geführt. Dadurch verringert sich die Schuldenlast der Ufa insbesondere, soweit es sich um ihre hypothekarischen Verpflichtungen gegenüber Amerika handelt, sehr beträchtlich. **Genannt werden 15 Millionen Mark.**

Der Richter hat es vermieden, der Reichswehr eine Mitschuld aufzubürden, aber ihre Verantwortung hat er klar gekennzeichnet.

Das Gesetz kennt für Mord nur die Todesstrafe. Daß diese Todesstrafe an Tätern, die aus Gesinnung Verbrecher geworden sind, vollzogen werde, widerspricht unserem Rechtsgefühl. Und es ist eine gute Demonstration, daß das Gericht sich entschlossen hat, von sich aus in einem Gnadengesuch an das Staatsministerium sich zu wenden. Nötig freilich wäre es nicht gewesen.

Keines der gegen Fememörder gefällten Todesurteile ist je vollstreckt worden. In Preußen sind die zum Tode Verurteilten, wenn sie dem Offizierstande angehörten, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe, die aus dem Mannschaftsstande Hervorgegangenen zu zehnjähriger Zuchthausstrafe begnadigt worden. Das ist keine besondere Vergünstigung, wie sie etwa gerade dieser Art von Straffälligen gewährt würde, es entspricht dies vielmehr der von neuzeitlichem Geiste getragenen liberalen und humanen Handhabung des Begnadigungsrechtes, wie die Republik sie übt. Die Fememörder sind also Nutznießer dieser republikanischen Milde, die man in ihren Kreisen sicherlich als „Pflaumenweichheit" verhöhnen würde. Diese weitherzige Begnadigungspraxis steht tatsächlich einzig da, und als, entsprechend dieser Praxis, die wegen der Ermordung des belgischen Leutnants Graff zum Tode verurteilten ehemaligen Schutzpolizisten zu langjähriger Zuchthausstrafe begnadigt wurden, da erklärte selbst der Sozialist Landervelde diese Begnadigungspraxis für sehr weitgehend.

Trotzdem, das ist kein Geheimnis mehr, rechnet man in den Kreisen, aus denen die Fememörder hervorgingen, auf baldige Amnestierung. Die Forderung nach einer politischen Vollamnestie ist ja von der Linken ausgegangen, von den Kommunisten, und die Rechte hat sich bisher gesträubt. Es scheint aber, daß man jetzt dort geneigt ist,